

Dieselöl
Benzin

Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik Sessionsvorschau von NR Therese Schläpfer Seite 2	Kanton Zürich Das Prinzip Hoffnung in der Energiepolitik von KR Paul von Euw Seite 3	Aktuell Stellenangebot der SVP Stadt Zürich Seite 4–5	Parlamentsgemeinden Links-Grüne Frier-Politik in Winterthur von Maria Wegelin Seite 6	Veranstaltungs-Tipp Puurezmorge in Zürich-Affoltern Seite 8
--	---	---	--	---

NEIN ZUM PREISSCHOCK BEI LEBENSMITTELN!

Tierwohl ja, aber nicht mit der Massentierhaltungsinitiative!

Am 25. September stimmen wir über die Initiative gegen die Massentierhaltung ab. Die Schweizer Bauern sollen in den nächsten 25 Jahren die gesamte Tierhaltung gemäss dem Bio-Standard aus dem Jahr 2018 umstellen. Importe von nicht gleichwertig erzeugten Produkten will das Initiativkomitee verbieten.



Die Schweizer Landwirtschaft würde extrem unter der Massentierhaltungsinitiative leiden. Helfen Sie uns und unseren Hühnern mit einem «NEIN» am 25. September.

Bild: zVg

Was für tierliebende Menschen auf den ersten Blick unspektakulär klingt und für sie vielleicht sogar Sinn machen mag, hat einige Haken. Fangen wir ganz vorne an. Die Initiative wurde von der Organisation Sentience lanciert und zur Abstimmung gebracht. Sentience macht Politik für Tiere und hat als Ziel, die Nutztierhaltung auf das unvermeidbare Minimum, falls es das aus ihrer Sicht überhaupt gibt, zu reduzieren. Grob gesagt ist nicht die Steigerung

des Tierwohls in der Nutztierhaltung das Ziel, sondernd die Eliminierung der Tierhaltung in der Landwirtschaft. Die wertvollen tierischen Proteine und Kalorien sollen durch vegetarische Alternativen und Laborfleisch ersetzt werden. Da der Konsument bei dieser Vorstellung bis anhin keine Freudensprünge gemacht hat, soll dem Anliegen durch sanften Druck von oben, in Schulen, Kantinen und Verwaltungen zum Durchbruch verholfen werden. Wie immer

sekundiert durch die Infiltration der Lehrpläne in den Schulen. Die Massentierhaltungsinitiative ist ein Schritt auf dem Weg dieser Organisation. Bei einer Annahme der Initiative würde die gesamte Tierproduktion in der Schweiz komplett auf den Kopf gestellt. Auch die tierfreundlichsten Schweine- und Hühnerställe könnten die geforderten Standards nicht erfüllen und müssten über kurz oder lang den Betrieb einstellen, was mit massi-

ven Investitionsverlusten verbunden wäre. Die Initianten verharmlosen das mit der Argumentation, dass dies ja im Verhältnis zur gesamten Betriebszahl nur wenige Betriebe betreffe. Gern wird auch behauptet, dass der Bund dann schon bei allfälligen Umbauten helfe, was so nicht vorgesehen ist. In einer Zeit, in der jede noch so kleine Minderheit durch Diskriminierungsgesetze geschützt und Verstösse unerbittlich verfolgt werden, argumentiert eine «Gspürschmi-fühlschmi»-Organisation mit der verhältnismässig kleinen Zahl der Betroffenen. Auch betroffene Bauernfamilien sind Menschen, wir würden vor einem Scherbenhaufen stehen. Als Bauer muss ich mich seit Jahren fast täglich in der Presse beleidigen lassen. Nicht nur das Fachwissen wird uns abgesprochen, wir werden als Brunnenvergifter, Kindermörder und 2022 halt eben als Tierquäler diffamiert. Voller Stolz berichten die Medien, dass Bauer als Beruf längst nicht mehr unter den angesehensten Berufen rangiert. Was für ein Wunder. Als kleine Minderheit der Bevölkerung brauchen wir keine Rangliste, aber mindestens ein gewisses Mass an Respekt für unsere Familien und unsere Arbeit. Die Initianten wollen nicht verstehen, was sie mit solchen unnützen Initiativen auslösen, vermutlich ist es ihnen auch egal. Ein Dach über dem Kopf, jeden Tag genügend Essen, viel Zeit, sich zu überlegen, ob es vielleicht besser wäre, dieses oder jenes zu kaufen, wann die nächsten Ferien anstehen und ob das Kichererbsen-Püree jetzt wirklich nachhaltig ist. Sie bewegen sich in einer Blase und werden mehr und mehr zu «Vegi-Terroristen». Bei einer Annahme der Massentierhaltungsinitiative würde die Selbstversorgung mit tierischen Lebensmitteln in der Schweiz massiv einbrechen. Nur noch 5% Pouletfleisch, 20% Eier und 50% Schweinefleisch würden auf den Höfen der Schweizer Bauern produziert werden können. Massive zusätzli-

che Importe wären die Folge. Der Konsum wird sich nicht nach den Wünschen der Initianten richten und da die WTO Handelshemmnisse, wie von der Initiative gefordert, nicht zulassen wird, werden wir Bauern einmal mehr das Nachsehen haben. Die Forderung nach tiergerecht produziertem Fleisch, Eiern und Milch ist leider spätestens dann, wenn es ums Bezahlen geht, vergessen. Bereits heute kann in der Schweiz unter einem ungeheuer breiten Spektrum an Produktionslabels ausgesucht werden. Nur, Tierwohlfleisch ist kein Renner. Bauern mit Labelställen müssen ihre Schweine ohne die entsprechenden Zuschläge verkaufen und bleiben auf den Kosten sitzen. Wir Landwirte befinden uns seit Jahrzehnten auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft. Mit Herzblut arbeiten wir tagtäglich auf unseren Feldern und im Stall bei unseren Tieren. Unsere Arbeit lässt sich nicht ohne Freude machen und wir haben auch keinen Erfolg ohne Anteilnahme am Wohl unserer Tiere. Meret Schneider, die grüne Initiantin, hat unseren Hühnerstall besucht und mir attestiert, dass es unseren 18000 Legehennen sehr gut geht und ein solcher Stall für sie kein Problem sei. Den Widerspruch zu ihrer Initiative konnte sie mir leider nicht erklären. Tierwohl ist nicht an fixe Zahlen gebunden, Tierwohl hängt von fairen Preisen, von korrekten Rahmenbedingungen, von gesunden Landwirtschaftsbetrieben und von ehrlichen Konsumenten ab. Stimmen Sie bitte «NEIN» zur unnötigen Tierhaltungsinitiative. Unterstützen Sie uns mit verantwortungsvollem Konsum auf dem Weg in die Zukunft.

Marc Peter
Landwirt Ing. Agr. FM/
SVP Wiesendangen

Die Schweiz profitiert mehrfach von einem JA zur Reform der Verrechnungssteuer:

- Kantone, Städte, Gemeinden und staatsnahe Betriebe sparen jedes Jahr bis zu 200 Millionen Franken für Zinszahlungen.
- Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Steuereinnahmen werden aus dem Ausland zurück in die Schweiz geholt.
- Die Schweiz bereitet sich auf die OECD-Mindeststeuer vor, um auch in Zukunft ein attraktiver Standort zu sein.

Steuereinnahmen zurückholen statt verscheuchen!

JA

zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

www.reform-verrechnungssteuer-ja.ch

Bundesrat, Parlament und die kantonalen Finanzdirektor:innen empfehlen ein JA zur Reform.



Wer sind die Fertigmacher?

Ein führender Linksideologe bei den «überparteilichen» Tamedia-Blättern heisst Philipp Loser. Ihm haben die Kollegen den Ehrentitel eines «Kolumnisten des Jahres 2021» verliehen. In seiner Kolumne im «Magazin» ereifert sich Loser fürchterlich über «Die Fertigmacherpartei». Gemeint ist selbstverständlich die SVP. Diese Partei hat sich erdreistet, Energie-ministerin Simonetta Sommaruga anlässlich ihrer Appelle zum Stromsparen an ihre Verantwortung am drohenden Energie-Blackout zu erinnern. Grund genug, dass jetzt Sommarugas journalistische Trabanten schäumen. Denn sie fühlen sich mitangegriffen. Haben sie doch den Weg ins Stromdesaster von Mitte-Links von Anfang an mit Girlanden bekränzt und mit Jubelchorälen untermalt. Jetzt sitzen die Journalisten mit Sommaruga auf der gleichen Schandbank. Und empfinden die wohlverdiente Strafpredigt als «Fertigmacherei». Sie schieben die Verantwortung Wirtschaftsminister Guy Parmelin zu, der im Gegensatz zu Sommaruga mit dem Entscheid zur Energiewende so wenig zu tun hat wie Mutter Theresa mit dem Ukraine-krieg.

«Härte», «Unerbittlichkeit, ja «Bösartigkeit» – mit solchen Worten hantiert Journalist Loser bezüglich Umgang der SVP mit Bundesrätin Sommaruga: «Die SVP spielt konsequent auf die Frau.» Doch wie steht's um die so sensiblen medialen Stil- und Sittenrichter, wenn es um andere Bundesräte geht? Etwa um jene der SVP? Erinnert sich jemand, welche Fertigmacherei speziell die Tamedia-Blätter veranstaltet haben, als Bundesrat Ueli Maurer für einen Augenblick ein Hirtenhemd der Freiheitstrychler übergezogen hatte?

Das sei «brandgefährlich», wetterten die Zeitungen von Tamedia über den Finanzminister: «Er sabotiert die Arbeit seiner Regierung.» Der Gesamtbundesrat müsse den «Brandstifter» Maurer in die Schranken weisen, sonst gebe es Krieg im Land. «Die Hetze muss aufhören.» Maurer «zündle» und heize die Gewalt an. Doch was ist schlimmer? In einem Hirtenhemd zu posieren? Oder die Stromversorgung eines Landes zu ruinieren? Manche Journalisten sind wirklich mit allen Abwässern gewaschen.

EIDGENÖSSISCHE SESSION IN BERN

Herbstsession 2022 – Vorschau

Ein wichtiges Thema in dieser Session wird die drohende Energiemangellage in der Schweiz und in Europa sein. Weil wir uns aufgrund der Energiestrategie von Stromimporten abhängig gemacht haben, betrifft die europäische Situation auch die Schweiz. Der Krieg in der Ukraine bedroht unsere Versorgungssicherheit und beim Schutzstatus S besteht Handlungsbedarf. Deshalb beantragte unsere Fraktion für beide Themen eine Sondersession.



Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Stark im Zusammenhang mit der Energiestrategie steht die Gletscherinitiative, welche eine Netto-Null-Treibhausgasemission bis 2050 fordert. Hier werden wir über den indirekten Gegenentwurf diskutieren. Genau solche ideologische Forderungen und der Ausstieg aus der Atomenergie haben uns die drohende Strommangellage eingebracht. Die Planung, beziehungsweise die Inbetriebnahme, von Gaskraftwerken widerspricht aber dieser Initiative. Man darf gespannt sein, wie sich die Grü-

nen aus diesem Dilemma reden. Unsere Fraktion steht für die Sistierung eines Verbots von fossilen Energien ein, bis genügend alternative Energien – insbesondere Strom – vorhanden sind. Verschiedene kantonale Initiativen betreffend das Strafgesetzbuches müssen behandelt werden. Gewalt an Behörden und Beamten scheint zugenommen zu haben. Polizei und Staatsbeamte sollen mit einer Gesetzesänderung besser geschützt werden können. Sachbeschädigungen, Beschimpfungen und Handgreiflichkeiten sollen als Offizialdelikt verfolgt werden können. Gefordert wird auch die Wiedereinführung von kurzen Freiheitsstrafen anstelle von Geldbussen oder gemeinnütziger Arbeit. Die Covid-19-Pandemie beschäftigt uns weiterhin in finanzieller Hinsicht.



Kommenden Montag startet eine neue nationale Session in Bern. Die SVP-Fraktion setzt sich wieder für eine bürgerliche Politik ein. Bild: Wikipedia

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN

Ja zur Reform der Verrechnungssteuer

Durch die Erhebung von Verrechnungssteuern werden Unternehmen mehr und mehr vom Ausland finanziert. Durch diese Auslandsfinanzierung werden Steuereinnahmen in Millionenhöhe ans Ausland verschenkt. Der Bundesrat und das Parlament möchten erreichen, dass die Kapitalaufnahme in der Schweiz nun gleiche Bedingungen erhält wie im Ausland. Die Zinserträge auf inländischen Obligationen würden somit gleich wie die Zinserträge bei ausländischen Obligationen von der Verrechnungssteuer befreit werden.



Stefan Stutz
Kantonsratskandidat SVP
Rudolfingen

Verrechnungssteuer auf einen Blick Heute gilt: Zinserträge inländischer Obligationen unterliegen einer Verrechnungssteuer von 35%. Die Steuer wird vom Staat zurückbehalten. Die Steuer-subjekte sind sämtliche Anlegerinnen und Anleger. Die Steuer wird zurückerstattet, sobald man die Erträge deklariert hat oder ein entsprechendes Gesuch gestellt hat. Für Investoren des Auslands, welche keine Steuererklärungen in der Schweiz abgeben müssen, oder auch für Unternehmen bedeutet dies einen erheblichen bürokratischen Aufwand. Ebenfalls kann über eine gewisse Zeit über das Geld nicht verfügt werden, was Liquiditätsprobleme verursachen kann. Resultierend daraus weichen die Anleger auf ausländische Obligationen aus und die Fremdfinanzierung findet andernorts statt.

Keine Steuergeschenke ans Ausland

Die Reform wird mehr Steuereinnahmen wieder zurück in die Schweiz bringen und diese nicht mehr ans Ausland verschenken. Somit profitieren davon alle Schweizerinnen und Schweizer und nicht nur Steueroasen wie Luxemburg etc. Unser Land wird durch

die bestehende Verrechnungssteuer im internationalen Standortwettbewerb benachteiligt und geschwächt. Die Steuer bewirkt, dass Schweizer Unternehmen sich Geld im Ausland statt in der Schweiz beschaffen. Die Reform soll diesen Standortnachteil beiseiteschaffen und die Schweiz wieder in Bezug auf andere Länder gleichberechtigen. Im Resultat wird unser Land für inländische Finanzierungen von Unternehmen wieder attraktiver. Der schweizerische Kapitalmarkt wird belebt und der Zugang zu erschwinglicheren Finanzierungen wird geschaffen. Entsprechende Wertschöpfung auf den Investitionen und die darauf fallenden Steuereinnahmen kommen dann der Schweiz zugute und nicht etwa anderen Ländern. Die Reform bringt innerhalb von fünf Jahren zusätzliche Steuereinnahmen von jährlich 350 Millionen Franken. Nach zehn Jahren dürften es gemäss Botschaft des Bundesrats 490 Millionen Franken pro Jahr sein. Schweizer Unternehmen halten auch aufgrund der Verrechnungssteuer Anleihen im Wert von 470 Milliarden Franken im Ausland. 25% dieses Betrags könnten schätzungsweise in die Schweiz zurückgeholt werden.

Die Schweizerinnen und Schweizer profitieren

Wir leben momentan in turbulenten Zeiten. Die Staatsverschuldung stieg durch die Coronapandemie und der internationale Druck auf die Schweiz steigt wegen des Kriegs in Europa. Es ist darum jetzt wichtig, die vorhande-

Die Kantone Aargau, Basel-Stadt, Schaffhausen und Tessin wollen eine höhere Beteiligung des Bundes an den Mehrkosten und Ertragsausfällen der Spitäler und Kliniken. Hoffen wir, dass es dabei bleibt und uns nicht wieder eine neue Virusvariante auf Trab halten wird. Ich selbst bin zuversichtlich. Hat doch ein grosser Teil unserer Bevölkerung durch eine durchgemachte Erkrankung ein gestärktes Immunsystem und Viren haben die Tendenz, zu abgeschwächten Varianten zu mutieren.

Diskutiert wird nochmals die Armeebotschaft vom Februar. Nach der Zustimmung des Volkes zu neuen Kampfflugzeugen und einem Boden-Luft-Abwehrsystem, beantragt der Bundesrat nun dem Parlament den Verpflichtungskredit von 6,035 Milliarden Franken für die Flugzeuge sowie 120 Millionen für die damit verbundenen baulichen Massnahmen. Gespannt dürfen wir auf die Reaktionen der «Armeeabschaffer» sein. Ob auch sie mit dem Krieg in der Ukraine nun zur Einsicht gekommen sind, dass wir dringend für die Landesverteidigung unsere Armee brauchen, oder ob sie wie die Grünen bei der Energiestrategie immer noch ihre ideologische Meinung behalten und sich weigern, den Tatsachen in die Augen zu schauen?

Des Weiteren werden wir uns mit einer extremen Volksinitiative der Grünen auseinandersetzen müssen: mit der Biodiversitätsinitiative und deren indirektem Gegenvorschlag. Dieser sieht noch einschneidendere Massnahmen vor als die Initiative selbst. Eine neue Taktik kann beobachtet werden: immer seltener wird noch über die ein-

gereichten Initiativen abgestimmt. Sie werden oft durch Gegenvorschläge ersetzt. Durch den Ukraine-Krieg gehen nicht nur der Schweiz, sondern auch vielen anderen Gegenden der Erde wie Afrika, die Beschaffung wertvoller Ressourcen wie z.B. Dünger verloren. Zusätzlich findet weiterhin eine ungebremste Zuwanderung in unser Land statt. Das führt dazu, dass der Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln nur noch bei knapp 50% liegt. Um Abhilfe zu schaffen, müssen verschiedene Weichen gestellt werden. Auf Importe zu setzen, hat sich beispielsweise bei der Energie als schlechter Ratgeber erwiesen. Nicht einmal die Lieferungen von Schutzmaterial während der Pandemie waren vor unseren nördlichen Nachbarn sicher. Was zeigt, dass in einer Krise jeder sich selbst am nächsten ist.

Kriegsvertriebene aus der Ukraine haben in der Schweiz auf unkompliziertem Weg den Schutzstatus S bekommen. Wir fordern nun den Bund auf, Lösungen auszuarbeiten, wie dieser Schutzstatus wieder aufgehoben werden kann. Ebenfalls zu klären und zu regeln ist die Situation von Ukrainern, welche gar nicht Kriegsvertriebene sind, sondern aus Nachbarländern oder sogar aus Übersee in unser Land eingereist sind. Linke und Grüne torpedieren die AHV-21-Revision zur Stabilisierung der AHV-Kasse. Jedoch wollen sie mehr Bundesgelder für die Prämienverbilligung bei den Krankenkassen. Unsere Fraktion will Geld einsparen mit einer Ausgabenplafonierung der Bundesausgaben, für die Entwicklungshilfe, die Kultur und beim Eigenaufwand des Bundes. Diese Ansichten werden während der zweiten Woche zum Thema Kaufkraft im Fokus stehen. Unsere Fraktionsmitglieder freuen sich auf eine lebhaft, kurzweilige und spannende Herbstsession.

Der Obligationenmarkt in Luxemburg ist gemessen am Bruttoinlandprodukt 190-mal grösser als in der Schweiz. Die Schweiz liegt um den Faktor 190 zurück! Zu einem grossen Teil trägt die Verrechnungssteuer dazu bei. Gleichzeitig mit der Anpassung der Verrechnungssteuer würde die Umsatzabgabe auf dem Handel mit inländischen Obligationen geändert. Diese Abgabe hemmt ebenfalls die Entwicklung des Marktes in der Schweiz.

Breite Befürwortung der Reform

Der Bundesrat, Kantone sowie die Fraktionen der FDP, der Mitte, der GLP sowie der SVP unterstützen die Reform. Alle Wirtschaftsverbände empfehlen ebenfalls deren Annahme. Auch die Bauern, die Arbeitgeber und das Gewerbe befürworten die Reform. Die Schweiz soll nicht länger Steuern ans Ausland verschenken und eine Finanzierung von inländischen Unternehmen durch inländisches Kapital attraktiver werden.



Länder wie Luxemburg kennen keine Verrechnungssteuer. Davon profitiert der luxemburgische Obligationenmarkt und darunter leidet die schweizerische Wirtschaft. Die Reform der Verrechnungssteuer würde dies ändern. Bild: Pixabay

AUS DEM KANTONS RAT

Fristen, Feste und «Fil Bleu» Glatt

Beim ersten materiellen Geschäft an diesem Montagmorgen handelte es sich (schon wieder) um eine vom Regierungsrat beantragte Fristverlängerung.



Lorenz Habicher
Kantonrat SVP
Zürich Kreis 9

Dass die vom Gesetz vorgegebenen Fristen zur Behandlung von Geschäften, durch den Regierungsrat und die Verwaltung nicht eingehalten werden, kommt in letzter Zeit doch vermehrt vor. Meist bei der Baudirektion, in welcher der «grüne» Vorsteher seine eigenen, als Kantonrat eingereichten, Wünsche nicht fristgerecht bearbeiten kann. Meist fordert der Baudirektor dann dreist für die Bearbeitung ein paar Stellen mehr!

Diesmal waren aber die Justizdirektion von Jacqueline Fehr (SP) und die Berichterstattung zur Einführung eines kantonalen Notstandsgesetzes «betroffen».

Nach ein paar wohlplatzierten Rügen aus der Geschäftsprüfungskommis-

sion überraschte die Magistratin alle Anwesenden mit der schnippischen Bemerkung, der in ihrer Direktion ständige Sachbearbeiter sei in der Meschalle 9 anwesend und man solle sich doch direkt an diesen wenden. Mit 137 zu 30 Stimmen, wurde der Fristverlängerung schliesslich stattgegeben.

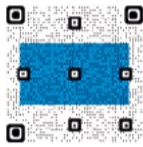
«Züri-Fäscht»

Dann wurde die dringliche Interpellation zum «Züri-Fäscht» wie vorgesehen vom Regierungspräsidenten Ernst Stocker (SVP) souverän mündlich beantwortet. Die darauffolgende Diskussion entwickelte sich aber zu einem «gehässigen» Meinungs austausch. Seitens der alternativen, links-grünen Kreise wurde die «Einmischung» in städtische Belange kritisiert, ganz in dem Sinn, der Kanton solle bezahlen und das Maul halten. Kantonrat Roland Scheck (SVP) hielt schlagkräftig dagegen und erklärte, dass für ein blutleeres, veganes Strassenfest mit einer Veloausstellung, ganz nach dem Gusto der Linken, sicherlich keine

kantonale Beiträge mehr gesprochen würden. Denn die Publikumsmagnete der letzten Austragungen des «Züri-Fäscht» waren unbestritten die Flugschows und die eindrücklichen Feuerwerke. Mit der Horrervision von SVP-Kantonrat Scheck vor Augen ist klar, warum bei vielen Leuten die Feierlaune schon heute vergangen ist. Das Geschäft war mit dieser Diskussion erledigt. Den Schlusspunkt an diesem Morgen bildete die klare Ablehnung des GLP-Postulats von Sonja Gehrig, das eine Verbindlicherklärung des SIA-Merkblatts, 2060 verlangte, welches 160.– Franken pro Exemplar kosten würde und nicht einmal eine Norm ist.

Nicht einmal die Grünen konnten dieses nicht adäquate Vorhaben unterstützen.

Das überzeugende Referat von Roland Scheck (SVP, Zürich) im Video:



AUFTRAG IN DER BUNDESVERFASSUNG

Die Energiepolitik setzt auf das Prinzip Hoffnung

Energiekontingentierung, Stromausfälle oder gar ein Blackout! Bewusst ist der erste Satz nicht mit einem Fragezeichen, sondern mit einem Ausrufezeichen abgeschlossen.



Paul von Euw
Kantonrat SVP
Bauma

Täglich werden sämtliche Informationskanäle mit diesen Themen bespielt. Wir hören tagtäglich die Diskussionen über eine Strommangellage, im Zusammenhang mit der Entwicklung im internationalen Strommarkt. Es werden Krisenorganisationen wie die OSTRAL (Organisation für Stromlieferung in ausserordentlichen Lagen) aktiviert.

Ende August ging dann der Bund einen Schritt weiter, lancierte mit 10 Mio. Franken eine Informationskampagne und ruft dabei die Bevölkerung zum Stromsparen auf. Eine Massnahme, welche durch OSTRAL als Bewirtschaftungsgrad zwei (von vier) bezeichnet wird. Ein Aufruf zur Freiwilligkeit, was erfahrungsgemäss nicht sehr viel bringen wird.

Aber was dann?

Was, wenn der Sparappell nicht greift und die Mangellage sich weiter zu-

spitzt? Dann wird über den Zwischenschritt drei, direkt der Bewirtschaftungsgrad vier in Kraft gesetzt. Dieser sieht restriktive und unfreiwillige Massnahmen vor. In einem ersten Schritt werden Verbote für sogenannt «unnötige» Geräte erlassen. Dies können zum Beispiel sein: Schaufensterbeleuchtungen, Rolltreppen, Weihnachtsbeleuchtungen, Denkmalbeleuchtungen etc. Eine Massnahme, welche vermutlich mehr Alibi als effektiv sein wird.

Der zweite Schritt innerhalb des Bewirtschaftungsgrades vier gilt dann explizit für Strom-Grossbezüger, also diejenigen, welche jährlich mehr als 100 000 Kilowattstunden Strom verbrauchen.

Diese werden im Stromverbrauch durch die Stromkontingentierung eingeschränkt. Betriebe, Organisationen der öffentlichen Hand, aber auch beispielsweise Pflegeinstitute wie Altersheime müssen innerhalb kurzer Zeit ihren Stromverbrauch merklich reduzieren.

Die Reduktionsmenge wird situativ vorgeschrieben. Sollten aber die Grossverbraucher dieser Aufforderung nicht nachkommen, werden diese von der Stromversorgung abgetrennt. So lau-

tet der Auftrag an die Stromversorger. Also «abstellen», wie man so einfach sagt. Aber, welches sind die Folgen daraus? Mitarbeitende werden während dieser Zeit der Strommangellage reduzierte Arbeit und Aufgaben haben, öffentliche Dienste können nur noch teilweise ihre Dienstleistungen während dieser Zeit erbringen und die Pflege, beispielsweise in Altersheimen, wird sich verschlechtern. Und wichtig dabei ist zu wissen: Eine Strommangellage wird einige Wochen dauern. Diese Szenarien sind relativ einfach prognostizierbar. Zusammenfassend formuliert kann sich eine Knappheit entwickeln, wenn Bandenergien wie beispielsweise Kernkraftwerke fehlen, was zurzeit der Fall ist, die Wasserreserven infolge fehlenden Niederschlags oder Schnee unterdurchschnittlich vorhanden sind und dann in grossen Gebieten über einen längeren Zeitraum Nebel und Windstille herrschen. Dann wird es kritisch.

Nun gut, eine Kontingentierung kostet die Volkswirtschaft zwar sehr viel Geld, viel mehr, als uns die Coronakrise kostete, das geordnete Leben ist allerdings noch möglich. Der weitere Schritt beunruhigt dann doch massiv stärker.

Sollte sich die Lage während der Kontingentierung noch mehr zuspitzen, werden die koordinierten, gebietsweisen Stromabschaltungen vorgenommen. Oder kurz gesagt, der Strom wird für alle in regelmässigen Abständen von einigen Stunden «ein und aus» geschaltet, was man sich heute erst ansatzweise vorstellen kann. Zu diesem Zeitpunkt kann man dann im wahrsten Sinne des Satzes sagen: «Guet Nacht am sächsi.» Diesen stromlosen Zustand kennt wohl kaum jemand in unserem Land. Die Auswirkungen auf die Bevölkerung in diesem Szenario kann noch niemand beschreiben. Die einschneidenden Probleme werden langsam erkannt. Und diese werden gross sein.

Auftrag in der Bundesverfassung

Das erkennt nun auch der Bundesrat und sucht voller Elan nach Überbrückungsalternativen. Während eines scheinbar zähen Suchprozesses werden langsam mögliche Ideen vorgestellt. Diese beruhigen jetzt nicht direkt, aber lassen hoffen. Und nach diesem Prin-

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Naherholungsgebiet im Glattraum



Hans Egli
Kantonrat EDU
Steinmaur

Mit dem Fil Bleu (blauer Faden) Freiraumkonzept wird der Glattraum allgemein als Naherholungsgebiet von Dübendorf bis Opfikon für den stolzen Betrag von 63 Mio. aufgewertet. Einerseits wird durch gezielte gewässerökologische Aufwertungsmassnahmen ein zusammenhängender Naturraum mit hoher Vernetzungsqualität geschaffen und für die Bevölkerung die Erholungsqualität durch die Schaffung von attraktiven Aufenthaltsräumen erhöht. Grundsätzlich ist das Fil Bleu-Freiraum-Projekt ein gefälliges Projekt, denn es versucht aus den vorhandenen Möglichkeiten das Maximum herauszuholen. Ein Projekt im engen Kanton Zürich mit den verschiedenen teilweise sich widersprechenden Ansprüchen und Forderungen soll und muss immer eine Kompromisslösung sein. Beim Revitalisierungsprojekt Fil Bleu ist der Kompromiss eher zu Ungunsten der Natur ausgefallen, was sich auch im Rahmenkredit widerspiegelt. Denn gemäss Machbarkeitsstudie wird der 4 Meter breite und 30 Mio. teure Glattweg eine regionale Verbindungsachse für Velofahrer sein, die sich den Raum mit Spaziergängern, Joggern, Hündelern und Erholungssuchenden teilen müssen.

Aus der Sicht der SVP/EDU wurde in der Kommission die Frage nach der ökologischen Qualität erstaunlich beantwor-

tet. Heute beträgt die ökologische Qualität des Glattraums 20–30% und wird nach der Revitalisierung auf prognostizierte bescheidene 40 bis maximal 70% gesteigert, also kein Biodiversitäts-Hotspot. Dass hier die grün-linken Parteideologen mit dem Resultat zufrieden sind, überrascht uns! Wahrscheinlich genügen ein guter Titel und ein hoher Rahmenkredit und schon sind alle Grünen begeistert!

Einen grossen Schönheitsfehler hat das Projekt, denn der böse Autofahrer bezahlt über den Strassenfonds 30 Mio. an dieses Projekt.

Dies ist aus unserer Sicht für ein Revitalisierungsprojekt systemfremd und stossend, denn in erster Linie wird dieser Glattweg von Erholungssuchenden genutzt. Das Geld der Milchkuh der Nation wird schlussendlich von allen ohne schlechtes Gewissen gern genommen.

Der von uns eingebrachte Rückweisanspruch wollte mittels der ZKB-Jubiläumsdividende mit 10 Mio. das Budget des Kantons Zürich entlasten. Denn das Projekt ist geradezu prädestiniert, indem gezielte gewässerökologische Aufwertungsmassnahmen mit einem zusammenhängenden Naturraum geschaffen und der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

Es macht Sinn, einen Teil der ZKB-Jubiläumsdividende in ein Projekt zu investieren, das der Bevölkerung und der Natur jetzt zugutekommt. Leider ist sich die linke Mehrheit des Parlaments immer noch nicht bewusst, dass jeder ausgegebene Franken zuerst hart erarbeitet werden muss. So wurde der Rahmenkredit leider ohne unseren Antrag genehmigt und die Sparmöglichkeit von 10 Mio. Franken nicht genutzt.



Der Kantonrat hat den Rahmenkredit für die Renaturierung der begradigten Glatt zwischen Dübendorf und Opfikon bewilligt.

Bild: zVg

zip Hoffnung wird nach wie vor politisiert.

Es wird immer noch über Luftreinhalteverordnungen und Lärmschutz diskutiert, statt dass man vorhandene Ideen im Schnelzugstempo prüft und umgesetzt. Dazu bestünde grundsätzlich auch ein Auftrag in der Bundesverfassung.

Diese beschreibt klar: Bund und Kantone setzen sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten ein, für eine ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaft-

liche und umweltverträgliche Energieversorgung sowie für einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch. In den vergangenen zehn Jahren wurden lediglich zwei der fünf Adjektive im Auftrag der Bundesverfassung verfolgt.

Auch bei mir ist das Prinzip Hoffnung angekommen.

Ich hoffe auf einen guten und somit, nassen, sonnigen und nebelfreien Winter. Sodass mein PC auch im Winter für einen weiteren «Standpunkt» funktioniert.

LESERBRIEF

AHV21-Reform – Rentenalter 65 für alle

Vollumgänglich soll die Frau dem Mann gleichgestellt sein. Das ist auch meine Meinung. Aber bitte, liebe Frauen, dann hört endlich mit dem Wehklagen und dem Jammern auf, wenn es dann tatsächlich um Gleichstellung geht. Am 25. September wird es sich zeigen, wie Gleichstellung seitens der Frauen ausgelegt wird. Die Angleichung, gleiches Rentenalter für Frauen und Männer, ist längst fällig.

Im Moment steht die AHV21-Reform als Leistungserbringer im Fokus. Dabei sollte die Diskussion über die zweite und dritte Säule dringlich auch geführt werden, von diesen zusätzlichen

zwei Säulen hängt primär die Rentenhöhe ab. Allein von einer AHV-Rente kann Frau/Mann kaum leben. Ich, auf jeden Fall, werde am 25. September, ein Ja zur AHV-Revision in die Urne legen, in der Hoffnung, dass die Diskussion über die zweite und dritte Säule zeitnah weitergeführt wird. Unsere Altersvorsorge ist, so wie ich es einschätze, nur über die drei Säulen AHV, berufliche- und private Vorsorge möglich. Mit einem Ja zur AHV-Reform ist erstmal ein wichtiger Schritt Richtung Gleichstellung getan.

Heidi Jucker, Adliswil



Im Extremfall wird der Strom für alle in regelmässigen Abständen von einigen Stunden «EIN und AUS» geschaltet.

Bild: Pixabay

SVP BEZIRK DIETIKON

Parteiversammlung der SVP Bezirk Dietikon: AHV21, Massentierhaltung, Verrechnungssteuer

Nach dem von den Kantonsratskandidaten Markus Erni, Sandro Strässle und Rochus Burtscher offerierten Apéro eröffnete Vizepräsident Ralph Hofer die Parteiversammlung. Es stehen wichtige bzw. richtungsweisende Abstimmungen sowohl auf kantonaler als auch nationaler Ebene an. In Anlehnung an das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest in Pratteln liess der Vizepräsident Nationalrat Martin Haab als Ersten in den Ring steigen.

- Er erläuterte gekonnt die vier nationalen Vorlagen:
- Die Volksinitiative «Massentierhaltung» verteuert nicht nur die Produkte, man will damit auch der Bevölkerung vorschreiben, was sie noch essen darf und was nicht. Zudem hat die Schweiz bereits das weltweit strengste Tierschutzgesetz. Diese Initiative ist eine Mogelpackung – auf die es nur eine Antwort gibt: ABLEHNEN.
 - Zu den zwei AHV-Vorlagen ist festzuhalten, dass es die letzte Möglichkeit ist, das Ruder herumzureissen, um die AHV zu sichern. Erstens würde ein Teil über eine Mehrwertsteuererhöhung (+0,4%) finanziert und zweitens bei der Änderung zum Bundesgesetz «AHV21» die schon längst fällige Gleichberechtigung umgesetzt. So arbeiten Mann und Frau bis zum 65. Altersjahr – können sich aber wie bisher vorzeitig pensionieren lassen.
 - Die Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer hat vor allem ein Ziel: ins Ausland «abgewanderte» Investitionen in die Schweiz zurückzuholen.

Die Parteiversammlung stimmte jeweils über die Vorlagen ab und beschloss folgende Parolen zu den nationalen Vorlagen:

NEIN: Massentierhaltungsinitiative
JA: Änderung Bundesgesetz Zusatzfinanzierung der AHV durch Erhöhung der Mehrsteuer
JA: Änderung Bundesgesetz über AHV21
JA: Änderung Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer

Im Anschluss stieg Gemeinderat und Kantonsratskandidat Markus Erni in den Ring. Er referierte zum Gegenvorschlag des Kantonsrats zur Kreislaufwirtschaft. Die Volksinitiative hat auf verbesserungswürdige Umstände aufmerksam gemacht, die der Kantonsrat in einem ausgewogenen Gegenvorschlag dem Volk zur Abstimmung unterbreitet. Die gefährliche Initiative der AL für die höhere Dividendenbesteuerung suggeriert eine Steuererhöhung für Reiche. Tatsächlich werden aber die für die Wirtschaft wichtigen Klein- und Mittelunternehmen (KMU) getroffen. Jeder Familienbetrieb erreicht die 10%-Hürde und würde so zusätzlich geschröpft. Die Parolen zu den kantonalen Vorlagen wurden wie folgt gefasst:
JA: Gegenvorschlag zur Kreislaufwirtschaft
NEIN: Volksinitiative «Keine Steuer geschenke für Grossaktionäre»

Zum Schluss der Referate bedankte sich der Vizepräsident Ralph Hofer mit



Vize Ralph Hofer mit NR Martin Haab. Bild: zVg

einem Geschenk bei NR Martin Haab mit Produkten aus der Region. Den Abschluss machte der Kassier Sandro Strässle, der die Initiative «Anti-Chaoten-Initiative» der Jungen SVP vorstellte. Weiter wird angeregt, die kantonale Volksinitiative «ÖV» und die nationale Volksinitiative «200 Franken sind genug!» (SRG-Initiative) zu unterschreiben.

Für die SVP Dietikon:
Jennifer Fischer, Oetwil a.d. Limmat

LESERBRIEF

Selbstverwirklichung pur auf Kosten der Steuerzahler

Um es gleich vorwegzunehmen: Bildung, auch Hochschul-Ausbildung, hat in unserer Familie einen hohen Stellenwert. Ungeachtet dessen hat ein Artikel in der NZZ (3. September 2022) bei uns Kopfschütteln ausgelöst. Da lese ich, dass der Genfer Nobelpreisträger Didier Quelaz an der ETH Zürich mit andern Forschern herausfinden will, ob das Leben auf der Erde einzigartig ist. Und warum, wird er gefragt. «Weil ich es kann. Als Nobelpreisträger

kann ich Dinge tun, die andere nicht tun können, selbst wenn sie wollten.» Eine solche Aussage ist anmassend, Selbstverwirklichung pur auf Kosten der anderen. Weiter gibt Quelaz zum Besten: «Die Suche nach dem Ursprung des Lebens ist besonders cool, Studenten lieben das Thema.» Muss im Beruf alles cool sein und hat eine Hochschule umzusetzen, was Studenten lieben? Das Projektziel mit über 40 Forschungsgruppen ist sehr vage gelistet.

Ob die jahrelange (oder eher ewige) Suche nach dem Ursprung des Lebens unser Land weiterbringt, wage ich zu bezweifeln. Nicht zu bezweifeln sind die exorbitanten Kosten, da neben einem mehrköpfigen Leitungsteam noch Berater von verschiedenen ETH-Departementen mitwirken. Zu den Kosten erfährt man immerhin, dass sie (mit einer kleinen Ausnahme in den ersten sechs Jahren) aus dem Etat der ETH Zürich finanziert werden.

Ich frage mich schon, ob jemand in der Verantwortung der ETH im Stande ist, Umschreibungen, Fristen, Nutzen und Kosten eines solchen «Nice-to-Have-Projekts», kritisch zu beurteilen und zu kontrollieren? Auch Forschungsprojekte von Nobelpreisträgern sind zu überwachen, soweit sie nicht aus eigenem Sack bezahlt werden. Die ETH ist im Bundesrats-Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung, SVP-Bundesrat Guy Parmelin, untergebracht. Dieses Departement sucht derzeit geradezu krampfhaft nach technischen Lösungen wegen anstehender Strom- und Gaslücken. Wenn die ETH offenbar über ungenutzte Budgets und freie personelle Kapazitäten verfügt, warum wird nicht dort dringend geforscht, wo es in unserem Land unter den Nägeln brennt. Ich denke da an kleine modulare Kernspaltungsreaktoren (SMR), an denen derzeit in anderen Breitengraden noch intensiv geforscht wird. Speziell von Firmen besteht ein grosses Interesse an SMR (aus Kosten- und Sicherheitsgründen).

Karl Meier-Zoller, Effretikon ZH



Die ETH Zürich finanziert zu einem Grossteil ein Forschungsprojekt, welches sicherlich spannend klingen mag, unserer Gesellschaft aber keinen Nutzen bringt. Bild: Wikipedia

Puurezmorge
Sonntag, 11.09.22
ab 9:30 Uhr
Musikalische Unterhaltung
Goldiger Örgelibuebe
Auf dem Hof von
Dominik Schlumpf
Schachen 1
Oetwil am See
Ansprache von
Kantonsrat Domenik Ledergerber
OK: SVP
Oetwil am See

Einladung

Landwirtschaft – Selbstversorgung – Massentierhaltung

Informieren Sie sich aus erster Hand, was die Abstimmung vom 25.09.2022
Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)» bedeutet



Nationalrat Martin Haab

Wann: Samstag 17. September
Zeit: 14:00 bis ca. 16:00 Uhr
Wo: auf den Bauernhof vom Bruno Bertschinger
Ringwilerstrasse 46
8620 Wetzikon ZH

Nach einem interessanten Referat von Nr. Martin Haab können Sie Fragen stellen und einen Rundgang auf dem Bauernhof von Bruno Bertschinger, Parlamentsmitglied Wetzikon, erleben.

Anschliessen Kaffee und Kuchen für alle Anwesenden
Auf Ihr besuch freut sich

Für eine sichere Zukunft
in Freiheit



Gewerbeschau Dielsdorf

Besuchen Sie uns am Stand der SVP!
und treffen Sie aus dem Nationalrat:

Barbara Steinemann, Therese Schläpfer
Gregor Rutz, Martin Haab, Benjamin Fischer

aus dem Kantonsrat:

Erika Zahler, Karl Heinz Meyer, Jürg Sulser,
Stefan Schmid, Christian Lucek

und die SVP Kantonsratskandidatinnen und Kandidaten aus dem Bezirk Dielsdorf

Donnerstag 8. September bis
Sonntag 11. September

Wir freuen uns auf Ihren Besuch und einen regen Austausch!

Gewerbeschau Dielsdorf
Horse-Park Neeracherstrasse, 8157 Dielsdorf



SCHWEIZER QUALITÄT SVP
Die Partei des Mittelstandes

Die Schweizerische Volkspartei SVP des Kantons Zürich und die SVP der Stadt Zürich suchen per sofort oder nach Vereinbarung eine/n

Parteisekretär/-in (50 %) der SVP der Stadt Zürich

Sie suchen eine anspruchsvolle, vielseitige Arbeit? Sie lieben den Umgang mit Menschen? Sie leben gerne in der Stadt Zürich? Sie nehmen motiviert am direktdemokratischen Leben der Stadt teil? Sie teilen die bürgerlichen und freiheitlichen Werte der Schweizerischen Volkspartei (SVP)? Wenn Sie alle Fragen mit Ja beantworten, bewerben Sie sich für die spannende Aufgabe, das Sekretariat der SVP der Stadt Zürich zu führen.

In dieser vielseitigen, dynamischen und verantwortungsvollen Position als Parteisekretär/-in sind Sie mit einem motivierten Team einerseits für den reibungslosen und termingerechten Ablauf der allgemeinen Sekretariatsfunktionen zuständig.

Andererseits warten folgende spannende Aufgaben auf Sie:

- Als Parteisekretär/-in führen Sie das Sekretariat der SVP der Stadt Zürich.
- Sie sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam mit einem Team Aufträge zu erfüllen.
- Sie führen Projekte und Geschäfte und stellen die Kommunikation gegen innen und aussen sicher. Sie unterstützen die Parteipräsidentin und die Parteileitung.
- Sie nehmen aktiv an der Vorbereitung und Durchführung von Abstimmungskampagnen und Wahlen teil.
- Sie organisieren und protokollieren im Auftrag der Parteipräsidentin die Parteiversammlungen.
- Sie verfügen über ein stilsicheres Deutsch, über gute Kenntnisse der MS-Office-Anwendungen, der Social-Media-Plattformen (Twitter, Facebook) und können Wordpress (Bewirtschaftung von Internet-Seiten) anwenden.

Für diese anspruchsvolle Stelle bringen Sie Ihre Begeisterung für Politik und die Werte der SVP mit. Sie verfügen über eine kaufmännische Grundausbildung oder eine entsprechende Ausbildung.

Wir bieten zeitgemässe und attraktive Anstellungsbedingungen.

Ihre Bewerbung mit den vollständigen Unterlagen und einem Motivationsschreiben senden Sie im PDF-Format an werner.gartenmann@svp-zuerich.ch.

Für Auskünfte stehen Ihnen Parteipräsidentin Camille Lothe (079 265 67 81) oder der Parteisekretär der SVP Kanton Zürich Werner Gartenmann (079 222 79 73) zur Verfügung.

ENERGIEMANGEL UND VERSAGEN

Vom Schwarzen Peter

Wenn man versagt hat, soll man in sich gehen, sich entschuldigen oder zumindest als absolutes Minimum des Anstands schweigen. Das gilt für alle, aber offenbar nicht für ehemalige Bundesrätinnen.



David Vogelsanger
Botschafter a.D./Präsident
SVP Bezirk Affoltern
Kappel am Albis

Unserem Land droht vermutlich bereits im kommenden Winter ein schwerwiegender Mangel an Energie. Vor wenigen Tagen publizierte die NZZ unter dem Titel «Wir sind ein kluges Volk» eine ganzseitige Rechtfertigungsschrift von Doris Leuthard, die darauf hinausläuft, sie habe alles richtig gemacht, und schuld am Desaster sei am ehesten die SVP. Grossartig! Tatsächlich hat sich unser Volk 2017 von dieser Bundesrätin und Verfechterin der Energiewende aus allen Parteien ausser unserer auf den Leim führen lassen. Vierzig Franken Mehrkosten pro Familie ... Geschwindelt wurde damals, dass sich die Balken bogen.

Frau Leuthard war 2011 als Energieministerin, zusammen mit drei anderen Bundesrätinnen, zwei von der SP und einer von der verblichenen BDP, für den kopflosen Ausstieg aus der schweizerischen Kernenergie verantwortlich. Sie imitierte damit die bewunderte deutsche Kanzlerin und Parteifreundin Merkel, die unter dem Eindruck der Tsunami-Katastrophe von Fukushima, welche zur Flutung eines japanischen Reaktors geführt hatte, ihr Land aus der Kernenergie aussteigen liess. Die vier Damen im Bundesrat liessen die Schweiz sogleich folgen. Kein anderes europäisches Land verfiel der Panik. In Japan waren tatsächlich über zehntausend Menschen ums Leben gekommen, alle Opfer der Flutkatastrophe. Kein einziger Mensch starb pikant an der Radioaktivität. Besonders damant übrigens: In der gleichen Ausgabe der NZZ, in der

Frau Leuthards Rechtfertigungsversuch erschien, war zu lesen, Japan habe den Bau mehrerer neuer Kernkraftwerke eingeleitet. Keine Spur von Panik bei diesem tatsächlich «klugen Volk».

Kanzlerin Merkel wurde für ihren Entscheid gelobt, auch von ihren schweizerischen Bewunderern. Sie machte ihr Land damit total vom russischen Gas abhängig, dessen Hahn Putin jetzt nach Belieben zudrehen kann und dessen künstlich erzeugter Mangel ihm täglich hohe Einnahmen aufgrund dramatisch gestiegener Preise garantiert. Das Versagen von Frau Merkel liegt jetzt für alle offenkundig im Licht. Sie hat gerade noch rechtzeitig endlich demissioniert, nachdem sie im Vorbeiweg 2015 mit der rechtswidrigen Öffnung der Grenzen für mindestens anderthalb Millionen angeblicher «syrischer Flüchtlinge» die Gesellschaft unseres Nachbarlandes erschüttert und dessen Verteidigungsfähigkeit mit dem skandalösen Abbau der Bundeswehr ruiniert hat. Notabene verletzt Deutschland seit Jahr und Tag damit auch seine vertraglichen Verpflichtungen als NATO-Mitglied. Amerikanische Präsidenten aus beiden Parteien, die Deutschland an diese Verpflichtungen erinnerten, wurden als Militaristen und Kriegstreiber verunglimpft.

Jetzt haben wir Krieg in Europa, Frau Merkel ist weg und scheint schweigen über ihr Versagen für die beste Strategie zu halten. Nicht so Frau Leuthard. Diese schweigt nicht, sondern beharrt sogar darauf, recht gehabt zu haben. Sie habe ganz sicher nichts falsch gemacht, dafür aber die Partei, welche schon damals immer wieder auf den offensichtlichen Widerspruch hinwies zwischen dem Ausstieg aus der CO₂-freien Kernenergie und dem Bestreben, das CO₂ in der Atmosphäre zu reduzieren, um der «Klimakatastrophe» zu ent-

gehen. Jeder einigermaßen begabte Primarschüler kann das begreifen, nur die rot-grüne Politik und gewisse Bundesrätinnen nicht. Wenn auf Kernenergie verzichtet wird, braucht man mehr Öl und Gas, in Deutschland sogar jetzt wieder die besonders umweltschädliche Kohle. Aber auch bei uns spricht man in aller Offenheit von der Notwendigkeit, Gaskraftwerke bauen zu müssen. Bis jetzt hatten wir keine solchen, sie produzieren viel CO₂, und woher kommt denn das Gas, wenn nicht aus Russland? Später dann vielleicht auch aus Amerika, zu viel höheren Preisen, produziert mit der von Rot-Grün verteuerten Fracking-Methode, nicht in Röhren nach Europa kommend, sondern per Schiff, und dort den Bau riesiger Tanklager erfordernd, von welchen die Schweiz über kein einziges verfügt. Dazu kommt, dass Masseneinwanderung, der Umstieg auf elektrische Fahrzeuge und anderes einen riesigen zusätzlichen Strombedarf erzeugen, der erst recht nicht gedeckt werden kann. Der importierte Atomstrom aus Frankreich ist kaum mehr verfügbar, und der Flatterstrom, den die Landschaft verunstaltende Windmühlen oder Solarzellen erzeugen, deckt nur einen winzigen Bruchteil des Bedarfs. Im Übrigen kommen die wichtigsten Komponenten der Wind- und Solaranlagen woher? Aus China! Man will also auf Teufel komm raus vom bösen Putin unabhängig werden und liefert sich blauäugig der mindestens ebenso bösen chinesischen kommunistischen Diktatur aus. Das sind Überlegungen nicht etwa eines sogenannten Experten, sondern einfach eines denkenden Bürgers. Du heilige Einfalt! Aber Frau Leuthard hat natürlich alles richtig gemacht. Und schuld an der Misere, vor der sie seit über zehn Jahren warnt, ist wer – die SVP!



Reue ist eine Charaktereigenschaft, welche menschlich macht. Interessanterweise findet man sie aber nicht bei bestimmten alt Bundesrätinnen. Bild: Pixabay

SVP ZOLLIKON

Höck der SVP Zollikon

Am Höck der SVP Zollikon sprachen Kantonsratskandidat Martin Hirs sowie Nationalrat Gregor Rutz vor zahlreichen Mitgliedern und Freunden der SVP.

In weniger als einem halben Jahr werden in Zürich Kantons- und Regierungsrat gewählt. Ganz im Zeichen dieser Wahlen stand am Montag der Höck der SVP Zollikon. An diesem sonigen Herbstabend füllten Leute aus dem gesamten Bezirk den Aussenbereich der Gaststätte Kantine am Eggä in Zollikon. Senioren, Familien und Jugendliche wohnten bei Trank und Speis den Referaten von Martin Hirs und Gregor Rutz bei.

Dossiersicher, wie es die Zolliker vom ehemaligen Gemeinderat gewohnt sind, sprach Martin Hirs über die Herausforderungen mit denen der Kanton in den nächsten Jahren konfrontiert sein werde. Insbesondere die Infrastruktur müsse im grossen Stil an die gewachsene

Bevölkerung angepasst werden. Der Verkehr stocke an zahlreichen Verkehrsknoten und komme immer wieder zum Erliegen, was für das Gewerbe beträchtliche Mindereinnahmen bedeute.

Weiter schilderte der Kantonsratskandidat, wie wichtig die Energiesicherheit im Kanton Zürich sei. Was momentan auf Bundesebene für Diskussionen Sorge, müsse bereits in den Kantonen angegangen werden. Martin Hirs werde in diesen Dossiers, die er im Gemeinderat über zehn Jahre betreut hat, auch im Kantonsparlament Akzente setzen.

Im Anschluss gewährte Nationalrat Gregor Rutz den Anwesenden Einblick in die aktuelle Bundespolitik, die noch

immer geprägt ist von der Diskussion um die Neutralität. Mit dem Stillschweigen im Ukrainekonflikt habe die Schweiz ihre Neutralität ohne Not preisgegeben.

Weiter sprach er über die Migration, die die Schweiz noch immer nicht selbst reguliere, obwohl das ein Verfassungsauftrag sei. Noch immer wanderten jährlich rund 60 000 Leute ein, was Schulen, Spitäler, Strassen und die gesamte Infrastruktur belastete.

Nun sei es wichtig, schloss Thomas Gugler, Präsident der SVP Zollikon, sich politisch einzubringen und weiterhin konsequent eine bürgerlich-liberale Linie zu verfolgen.

Régis Ecklin, Zollikerberg

FÜR EINE STABILE ALTERSVORSORGE

Die AHV retten!

Die Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) als wichtigste und erste Säule unserer Altersvorsorge ist in Schieflage geraten. Wir Menschen werden immer älter. Viele von uns Senioren haben das Glück, ihre Jahre nach der Pension bei guter oder doch zufriedenstellender Gesundheit verbringen zu dürfen. Schon heute beziehen neun von zehn AHV-Berechtigten mehr, als sie einbezahlt haben.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Mit der AHV-Vorlage, die am 25. September zur Abstimmung kommt, haben alle bürgerlichen Parteien einen Kompromiss gefunden. Es kommt zur Angleichung des Pensionsalters von 65 Jahren für Männer und Frauen – wobei grosszügige Übergangsregelungen vorgesehen sind.

Auch müssen die Bürger etwas mehr an die AHV bezahlen, nämlich 0,4 Prozent zusätzliche Mehrwertsteuern. Nur wenn wir beiden Vorlagen zustimmen, haben wir die AHV wieder für etliche Jahre gesichert.

Es nützt also nichts, eine der Vorlagen mit Ja zu beantworten und die

andere mit Nein. Nur zweimal JA bringt eine Rettung der AHV.

Das Allerwichtigste für die Rettung der AHV ist aber eine gesunde Wirtschaft. Denn das Sozialwerk wird vor allem gespeist durch Lohnprozente. Und diese lassen sich am besten sichern, wenn es der Wirtschaft – also den Unternehmen und dem Arbeitsplatz – gut geht. Darum ist es auch und gerade im Interesse der AHV, wenn die Politiker und die Bevölkerung eine möglichst wirtschaftsfreundliche Politik betreiben. Diese wiederum besteht in der Sorge um gute Rahmenbedingungen, tiefe Steuern, wenig Bürokratie, internationale Wettbewerbsfähigkeit, eine eigene Währung und vor allem die Möglichkeit, es besser als die andern zu machen. Was heisst: keine EU-Rechtsübernahme und keine fremden EU-Richter. Zuerst aber jetzt 2-mal JA zu den AHV-Vorlagen.



Am 25. September stimmen wir über eine gesicherte Grundrente ab. Lassen wir die zukünftigen Generationen nicht im Stich. Bild: Pixabay



Die Schweizerische Volkspartei SVP des Kantons Zürich sucht per sofort oder nach Vereinbarung eine/n

Kommunikationsleiter/-in
stv. Parteisekretär/-in (80 bis 100 %)

Sie suchen eine anspruchsvolle, vielseitige Arbeit? Sie lieben den Umgang mit Menschen? Sie nehmen motiviert am direktdemokratischen Leben der Schweiz teil? Sie teilen die bürgerlichen und freiheitlichen Werte der Schweizerischen Volkspartei (SVP)? Wenn Sie alle Fragen mit Ja beantworten, bewerben Sie sich für die spannende Aufgabe auf dem Parteisekretariat der grössten Partei des Kantons Zürich!

In dieser vielseitigen, dynamischen und verantwortungsvollen Position als Kommunikationsleiter/-in und stv. Parteisekretär/-in sind Sie mit einem motivierten Team einerseits für den reibungslosen, termingerechten Ablauf der allgemeinen Sekretariatsfunktionen zuständig.

Andererseits warten folgende spannende Aufgaben auf Sie:

- Als stv. Chef-Redaktor/-in sind Sie verantwortlich für das wöchentliche Erscheinen der Parteizeitung «Der Zürcher Bote».
- Sie beraten die Parteileitung in Kommunikationsfragen und erstellen selbstständig Medienmitteilungen und Positionspapiere.
- Als stellvertretende/-r Parteisekretär/-in vertreten Sie den Parteisekretär auf allen Ebenen der Parteiarbeit und der Führung des Parteisekretariats. Im Weiteren vertreten Sie die Fraktionssekretärin der Kantonsratsfraktion.
- Sie sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam mit einem Team Aufträge zu erfüllen.
- Sie führen Projekte und Geschäfte und stellen die Kommunikation gegen innen und aus sicher. Sie unterstützen den Parteipräsidenten, den Parteisekretär, die Parteileitung und parteiinterne Fachkommissionen bei der politischen Arbeit.
- Sie nehmen aktiv an der Vorbereitung und Durchführung von Abstimmungskampagnen und Wahlen teil.
- Sie verfügen über ein stilsicheres Deutsch, über gute Kenntnisse der MS-Office-Anwendungen, der Social-Media-Plattformen (Twitter, Facebook) und können Wordpress (Bewirtschaftung von Internet-Seiten) anwenden.

Für diese anspruchsvolle Stelle bringen Sie Begeisterung für Politik und die Werte der SVP mit. Sie verfügen über eine kaufmännische Grundausbildung oder eine entsprechende Ausbildung.

Wir bieten zeitgemässe und attraktive Anstellungsbedingungen.

Ihre Bewerbung mit den vollständigen Unterlagen und einem Motivationsschreiben senden Sie im PDF-Format an werner.gartenmann@svp-zuerich.ch.

Für Auskünfte stehen Ihnen Parteipräsident Domenik Ledergerber (079 295 90 22) oder der Parteisekretär Werner Gartenmann (079 222 79 73) zur Verfügung.

Fadegrad



von Samuel Balsiger

Kolossales Staatsversagen

Der zurückhaltende Olaf Scholz aus der linken SPD ist in diesen Kriegszeiten der richtige deutsche Kanzler. Denn ein Dritter Weltkrieg mit Einsatz von Atomwaffen kann keine wünschenswerte Zukunft sein. Es kann also nicht im ernsthaften Interesse liegen, dass die Atommacht Russland ihren Angriffskrieg auf breiter Front verliert und, in die Ecke getrieben, zum Äussersten bereit ist. Das mag für manche skandalös klingen. Doch ich halte die Aussage für richtig. Die heldenhaft kämpfende Ukraine und Russland müssen verhandeln – und der Kleinere muss wohl die grössten Kröten schlucken. Olaf Scholz wird von den linken Kartellmedien aber hart kritisiert, dass er «zu zögerlich» schwere Waffen liefere. In den 1980er-Jahren forderte Helmut Kohl (damals war die CDU noch bürgerlich) die Abrüstung und den Frieden. Nun sind es die Links-Grünen, die den Dritten Weltkrieg in Kauf nehmen. Ich habe mich in der Vergangenheit klar zum russischen Mafiastaat geäussert. Meine Aussage ist nicht Putin-nahe. Olaf Scholz weiss, was die totale Eskalation in diesem Krieg bedeuten würde. Und er weiss, dass eine totale Eskalation möglich ist. In diesem geopolitisch instabilen Zustand möchte ich keinen links-grünen Kriegstreiber im deutschen Kanzleramt. Scholz dürfte es auch sein, der die Neuausrichtung der Koalition zusammenhält: Weg von der Klima-Hysterie hin zur zögerlichen Waffenlieferung an die Ukraine. Denn ich halte es auch für richtig, dass Europa und vor allem die USA die Ukraine beliefern. Die Schweiz allerdings hätte ihre seit Jahrzehnten bewährte Neutralität nicht zerstören dürfen. Wir hätten Russland an den Verhandlungstisch mit der Ukraine bewegen können. Doch dieser Zug ist wohl abgefahren. Für Russland ist klar: «Die Schweiz ist nicht mehr neutral» (Aargauer Zeitung, 11. August 2022). Wer verhandelt nun den Frieden? Sicher nicht Finnland oder Schweden, die beide der NATO beitreten wollen. Bundesbern versagt seit Jahren bei allen wichtigen Staatsaufgaben auf ganzer Linie. Die von den «grünen» Träumern verursachte Energiekrise ist ein weiteres Horrorbeispiel von Staatsversagen. Die Strompreise gehen existenzbedrohend durch die Decke. Ein Beispiel: Eine KMU-Bäckerei hatte früher eine Stromrechnung von 80000 Franken – und hat nun eine Offerte in Höhe von einer Million Franken erhalten! Und was macht Sommaruga als verantwortliche Bundesrätin? Sie gibt der Bevölkerung idiotische Stromspar-Tipps: Wir sollten keine Fussbäder mehr nehmen oder beim Kochen einen Deckel auf den Topf setzen. Die SP-Frau meint das wirklich ernst. Mehr denn je: Für eine sichere Zukunft in Freiheit und Wohlstand brauchen wir dringend mehr SVP!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Von der Schuldensanierung zum Totalkollaps Kongresshaus Zürich AG

Am Mittwoch behandelte der Gemeinderat der Stadt Zürich die Zukunft der Kongresshaus AG (KHZ AG). Im Prinzip ist die KHZ AG Konkurs. Der Stadtrat hat bereits in diesem Jahr zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt, im Bewusstsein, dass der Konkurs nur vorläufig aufgeschoben ist und noch nicht abgewendet ist. Mit der Vorlage des Stadtrates sollte eine erhebliche Finanzspritze erfolgen und die AG verstaatlicht werden.



Roger Bartholdi
Gemeinderat SVP
Zürich

Wie kam es zu diesem Desaster?

Die Kongresshaus Zürich AG (KHZ AG) wurde 1985 als «Betriebsgesellschaft Kongresshaus Zürich AG» gegründet. Zuvor wurde das Kongresshaus von der KH-Stiftung betrieben. An der Gründung der KHZ AG waren die Kreditanstalt, die Bankgesellschaft, der Bankverein, die Bank Bär, die Migros und die Swissair beteiligt. Die Aktien wurden einem breiten Kreis der Zürcher Bevölkerung und der Wirtschaft gestreut. Bereits bei der Volksabstimmung im Jahr 2016 hat die SVP unter dem Titel «Nochmals über die Bücher» als einzige Partei dagegen opponiert und die Vorlage zur Ablehnung empfohlen. Aus Sicht der SVP hätte man die Stiftung unter Einbezug der Privatwirtschaft einerseits zu entschulden und neu zu

organisieren. Die SVP wusste schon damals, dass es nicht gut kommt. Auch wäre die SVP für eine preiswertere Sanierung gewesen. Aber einmal mehr wurde – wie so üblich in der Stadt Zürich – mit der grossen Kelle angerichtet. 240 Millionen für die Sanierung, eine Entschuldung von über 72 Millionen, dazu weitere Subventionen und alles auf Kosten von uns Steuerzahlenden. Die KHZ AG musste während der vierjährigen Bauphase (2017–2021) den Betrieb einstellen. Aufgrund von Bauverzögerungen wurde die ursprünglich auf den September 2020 geplante Eröffnung zweimal verschoben und konnte erst im September 2021 stattfinden. Das Desaster nahm seinen Lauf und es wurde immer schlimmer. Nun soll plötzlich die Stadt das ganze Projekt übernehmen und weitere Millionen einschiesse. Alleine die Beteiligung beträgt stolze 6,4 Millionen Franken. Der Eventmarkt (Durchführung von Veranstaltungen) funktioniert bestens unter privater Obhut. Da braucht es keine staatliche Organisation, welche

die privaten Anbieter konkurrenziert. Die haben aufgrund von Corona genug gelitten. Nur die SVP und die AL waren

am Mittwoch gegen die Verstaatlichung dieser AG. Ist eine solche AG «too big to fail» oder systemrelevant? Wir meinen nein und andere Lösungen hätte man treffen müssen. Die letzte Geschichte ist dazu noch nicht geschrieben, das Trauerspiel geht weiter.

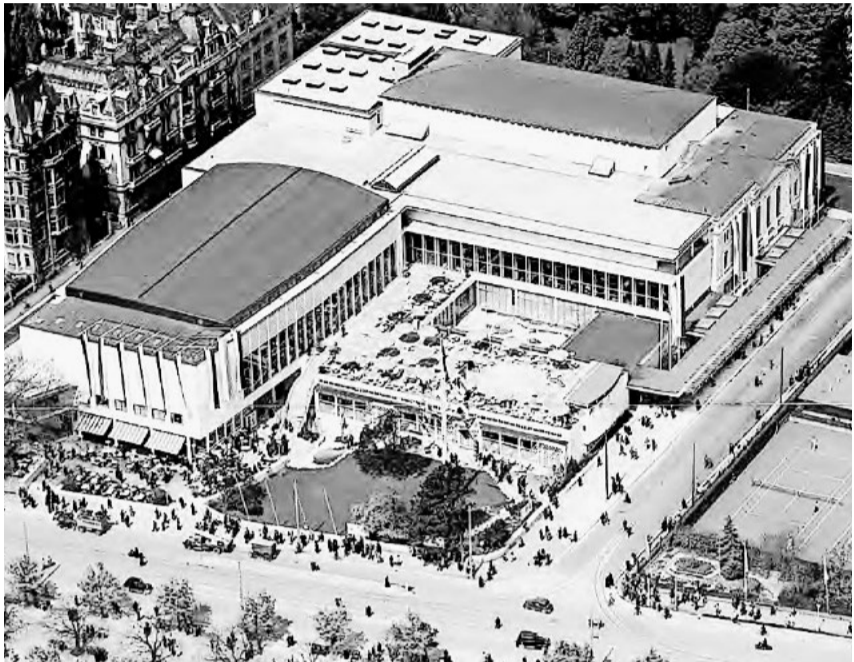


Bild aus der Abstimmungszeitung vom 5. Juni 2016 (Luftaufnahme Kongresshaus von 1939).
ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv/Stiftung Luftbild Schweiz/
Fotograf: Werner Friedli

AUS DEM WINTERTHURER GEMEINDERAT

Schriftliche Anfragen einer linken Stadtparlamentarierin betreffend die Luftqualität im Winter in Winterthur und Aufruf an die Bevölkerung zum Energiesparen

Lea Jacot, SP, sitzt seit 2018 im Winterthurer Stadtparlament. Sie war zusammen mit Samuel Kocher, GLP, und Reto Diener, Grüne, Mitunterzeichnerin der Motion «Netto Null Tonnen CO₂ bis 2050», eingegangen im Juni 2019. Im November 2021 hat die Winterthurer Stimmbewölkerung dieser unsäglichen Vorlage mit dem Ehrgeiz zugestimmt, dieses Ziel sogar schon bis 2040 zu erreichen.



Maria Wegelin
Stadtparlamentarierin SVP
Winterthur

Unterdessen muss wohl jeder zugeben, dass dieses hochgesteckte Ziel bereits dem Untergang geweiht ist. Zumindest, wenn man den kommenden Winter in einer warmen Stube verbringen möchte. Diese Erkenntnis ist wohl auch bei Lea Jacot angekommen, doch anstatt das wahre Problem zu benennen und zuzugeben, nämlich dass "Netto Null Tonnen CO₂" gescheitert ist, verfällt sie in einen Aktionismus, der nur wieder unsere Stadtverwaltung beschäftigen wird. So reichte sie kürzlich zwei schriftliche Anfragen ein, die der Stadtrat innerhalb von drei Monaten beantworten muss. Die erste betreffend die Luftqualität im Winter, nachdem im «Landboten» zu lesen war, dass in der Stadt Winterthur während des Sommers sehr viel mehr Brennholz verkauft wurde. Lea Jacot geht nun davon aus, dass das Verbrennen dieser Unmengen an verkauftem Brennholz zu einer sehr schlechten Luftqualität in der Stadt führen wird, da durch Kaminfeuerungen nicht nur schädliche Stickoxide, sondern auch hoch kanzerogene (krebserregende) Stoffe ausgeschieden werden und in die Atemluft gelangen, was für die Gesundheit der Bevölkerung sehr schädlich sei. Sie möchte nun vom Stadtrat wissen, ob er sich vorstellen kann, bei schlechter Luftqualität Massnahmen zu ergreifen, welche Massnahmen das wären und ob es möglich wäre, Besitzer von Holzfeuerungen dafür zu sensibilisieren, wie sie ihre Öfen möglichst schadstoffarm betreiben können. Dass die Stadt Winterthur bereits strenge Vorschriften kennt, ist der Umweltwissenschaftlerin natürlich nicht

bekannt. Es gibt eine sogenannte «Vollzugsanweisung zum Massnahmenplan "Luftreinhaltung 2010" der Stadt Winterthur», welche gestützt ist auf Art. 44a und 65 Abs. 1 des Umweltschutzgesetzes vom 7. Oktober 1983, Art. 31 und 32 der Luftreinhalte-Verordnung des Bundes vom 16. Dezember 1985 (LRV) sowie § 1 Abs. 1 und 2 der Verordnung des Regierungsrates zum Massnahmenplan Luftreinhaltung vom 9. Dezember 2009, in welcher für die Stadt Winterthur Vollzugsvorschriften über die Emissionsbegrenzung und die Sanierung von stationären Anlagen erlassen sind. In dieser Vollzugsanweisung steht, dass die Feuerpolizei Winterthur die bestehenden und neuen kontrollpflichtigen Holzfeuerungen inventarisiert und kontrolliert. Weiter kann man lesen, dass, falls aus der Bevölkerung Hinweise auf übermässige Emissionen einer Holzfeuerungsanlage eingehen, so wird an dieser innert angemessener

Frist eine Sichtkontrolle durchgeführt. Ermöglicht die Sichtkontrolle keine eindeutige Beurteilung der Emissionen, wird zudem eine CO-Emissionsmessung gemacht. Die letzten zwei Jahre haben bewiesen, dass nachbarschaftliche Kontrollen mehr als nur funktionieren. Massnahmen und Fristen bei einer Beanstandung sind zudem ebenfalls in dieser Vollzugsanweisung zu finden. Besitzer von Holzfeuerungen sensibilisieren zu wollen, wie sie ihre Öfen möglichst schadstoffarm betreiben sollen, wird wohl diesen Winter niemanden mehr interessieren, wenn man in einer kalten Stube ausharren muss. In ihrer zweiten schriftlichen Anfrage geht es um einen Aufruf an die Bevölkerung, Strom zu sparen. Eine ihrer Fragen lautet, ob es der Stadtrat sinnvoll fände, proaktiv die Bevölkerung über das Energiesparen zu informieren und falls ja, wie er das bewerkstelligen wolle. In einer weiteren Frage

möchte sie wissen, ob die Stadt plant, die Heizleistung in den eigenen Liegenschaften zu begrenzen, wie dies andere Städte bereits angekündigt haben, und so mit gutem Beispiel voranzugehen. Diese Fragen erstaunen, hat doch dieselbe Parlamentarierin dem Zusatzkredit von fast einer Million Franken zugestimmt, um im Parlamentsaal eine stromfressende Luxus-Audiovisuelle-Anlage einzubauen. Wenn die Bevölkerung den Zusammenhang noch immer nicht sieht, dass wenn man Links-Grün wählt, man auch Links-Grün bekommt, dann wird es höchste Zeit, einmal einen Winter lang in einer kalten Wohnung verbringen zu müssen, denn ginge es nach Lea Jacot, so würde wohl auch die Holzfeuerung demnächst verboten. Eine Mehrheit der Winterthurer Stimmbewölkerung hat der Motion «Netto Null Tonnen CO₂ bis 2040» zugestimmt. Die gleiche Bevölkerung wollte auch eine links-grüne Mehrheit sowohl im Stadtrat, wie auch im Parlament. Nun wird sie die Folgen davon zu spüren bekommen. Es stimmt, nur die allerdümmsten Kälber*innen wählen ihre/n Metzger*innen selbst.



In Zeiten unserer unsicheren Energielage sind verlässliche Wärmeträger wie Holzöfen für einige unabdingbar. Links-Grün möchte uns mit Verboten aber frieren lassen.

Bild: Pixabay

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 25. September 2022

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative vom 17. September 2019 «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»	NEIN
2. Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2021 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer	JA
3. Änderung vom 17. Dezember 2021 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (AHV21)	JA
4. Änderung vom 17. Dezember 2021 des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer (Verrechnungssteuergesetz, VStG) (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)	JA

Kantonale Vorlagen

1. Verfassung des Kantons Zürich (Änderung vom 31. Januar 2022, Gegenvorschlag zur «Kreislauf-Initiative»)	JA
2. Kantonale Volksinitiative «Keine Steuergeschenke für Grossaktionärinnen und Grossaktionäre»	NEIN

Vorlagen Stadt Zürich

1. Volksinitiative «Eine Europaallee genügt – jetzt SBB-Areal Neugasse kaufen»	NEIN
2. Volksinitiative «Wissenschaftlicher Pilotversuch Grundeinkommen»	NEIN
3. Definitive Einführung der Tagesschule, Änderung der Gemeindeordnung	NEIN
4a. Verordnung über die Tagesschulen der städtischen Volksschule: VTS Stadtrat (Variante des Stadtrats)	NEIN
4b. Verordnung über die Tagesschulen der städtischen Volksschule: VTS Gemeinderat (Variante des Gemeinderats)	NEIN
4c. Stichfrage: Welche der beiden Verordnungen über die Tagesschulen der städtischen Volksschule soll in Kraft treten, falls sowohl die VTS Stadtrat (Variante des Stadtrats) als auch die VTS Gemeinderat (Variante des Gemeinderats) angenommen werden?	VTS Stadtrat (Variante des Stadtrats)
5. Sekundarschulanlage «Im Isengrind», Objektkredit von 80,6 Millionen Franken	JA

LESERBRIEF

Weitere acht Jahre Privileg für E-Autos?

Leserbrief zum Artikel: «E-Auto-Fahrer müssen sich schnell an der Strassenfinanzierung beteiligen», AvU vom 2. Juli 2022.

Das darf nicht sein! Warum wurde eine Strassensteuer für E-Autos nicht bei der Einführung dieser Fahrzeugkategorie verordnet? Vermehrt kann man lesen, dass die E-Autos punkto Umweltverträglichkeit den Anfangsbonus allmählich verlieren. (Herstellung der Batterien, Entsorgung, Brandgefahr in Garagen). Sie weiterhin gegenüber herkömmlichen Autos zu privilegieren, ist nicht mehr zeitgemäss.

E-Autos, viele davon zwei Tonnen schwer, benützen die Strassen wie die übrigen Autofahrer. Wie kamen die Politiker auf die Idee, diese Stromfresser gratis auf den Strassen herumfahren zu lassen? Ich komme mir wirklich veräppelt vor. Hinzu kommt, dass sich die E-Autofahrer selbst als Gutmenschen betrachten.

Nachdem man nun dieses Problem endlich angeht, lässt man sich aber umso mehr Zeit. Seit einiger Zeit und noch weitere acht Jahre sollen die Stromer gratis unsere Strassen benützen dürfen. Das geht gar nicht! Der Vaterschaftsurlaub wurde innert zwei Monaten umgesetzt. Es kommt halt darauf an, welche Beamten am Werk sind. Aber jetzt soll auch noch das Volk darüber abstimmen können? Der Bund hat das zu verordnen! Sonst müsste man im Gegenzug auch eine Abstimmung zulassen, ob für herkömmlich betriebene Autos weiterhin Strassenabgaben zu entrichten seien oder nicht. Mein Vertrauen in den Staat schwindet langsam. Zum Glück muss ich aufgrund meines Alters in Zukunft nicht mehr jeden politischen Unsinn ertragen.

Zum Schluss: Wenn Strom rationiert wird, was so sicher ist wie das Amen in der Kirche, hoffe ich sehr, dass dem Tesla zuerst der Stecker gezogen wird, bevor ich meinen Kochherd nicht mehr benützen kann.

Karl Bertschinger, Ebmatingen

Christoph Mörgeli

1917–2017

Hundert Jahre Zürcher SVP

Bauern
Bürger
Bundesräte

orell füssli

Das Buch von alt Nationalrat Mörgeli widerspiegelt Themen, die nach wie vor die Bürgerinnen und Bürger beschäftigen.

Wir stehen im Wahljahr für die Kantons- und Regierungsratswahlen sowie für die National- und Ständeratswahlen.

Aus diesem Grund erhalten Sie das spannende Buch zum Preis von CHF 25.00 inkl. Versand.

Ihre Bestellungen nehmen wir gerne unter folgender Mailadresse entgegen:
sekretariat@svp-zuerich.ch

SRG

200 Fr.
sind genug!

srg-initiative.ch

Darum braucht es die SRG-Initiative:

■ Obwohl die Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung weltweit (!) mit heute 335 Franken die höchsten gerätunabhängigen Zwangsgebühren. Mit der Initiative müssen wir nur noch 200 Franken zahlen. Immer noch genug!

■ Arbeitgeber und Gewerblere werden doppelt zur Kasse gebeten: Die Betriebe zahlen eine umsatzabhängige SRG-Gebühr, schnell mehrere Tausend Franken. Dies, obwohl alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon als Privatpersonen die Abgabe von 335 Franken zahlen. Diese ungerechte Doppelbesteuerung muss abgeschafft werden!

■ Junge verdienen wenig und schauen fast kein TV. Trotzdem müssen sie jährlich 335 Franken zahlen für ein Angebot, das sie nicht konsumieren. Das ist unfair und unsozial!

Jetzt Volksinitiative unterschreiben

- Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe!
- Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen!
- Nur noch 200 Franken zahlen!

Telefon: 052 301 31 00 | www.srg-initiative.ch, info@srg-initiative.ch

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

sekretariat@svp-zuerich.ch
www.svp-zuerich.ch

An alle Mitglieder der SVP Kanton Zürich

Dübendorf, 6. September 2022

Einladung zur Programmtagung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir laden Sie ein zur Programmtagung der SVP Kanton Zürich.

Datum:

Samstag, 17. September 2022, 09:00 Uhr

Ort:

Hotel Swiss Star, Grubenstrasse 5, 8620 Wetzikon

Programm:

09:00 – 09:20

Eintreffen mit Kaffee und Gipfeli

09:20 – 09:30

Begrüssung durch Parteipräsident Kantonsrat Domenik Ledergerber

09:30 – 09:45

Einführung durch Programmchef Nationalrat Benjamin Fischer

09:45 – 12:00

Gruppendiskussion Parteiprogramm

12:00 – 12:30

Plenumsdiskussion Resultate Gruppendiskussion

Ab 12:30

fakultatives Mittagessen

Themen:

Um einen möglichst effizienten Ablauf der Programmtagung zu gewährleisten, arbeiten wir in fünf Gruppen, wobei einmal gewechselt wird. Folgende Themenfelder werden behandelt:

1. Medien / Bildung & Forschung / Religion & Kultur

2. Wirtschaft / Finanzen / Landwirtschaft

3. Sicherheit / Asylpolitik & Ausländer

4. Gesundheit / Sozialwerke

5. Energie / Verkehr / Umwelt

Die Zuteilung in die verschiedenen Arbeitsgruppen erfolgt vor Ort.

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme.

Freundliche Grüsse
SVP Kanton Zürich

Benjamin Fischer
Programmchef

Werner Gartenmann
Parteisekretär

39. Kantonales SVP – Schiessen 2022

Schiessanlage

Luckhausen, 8307 Illnau – Effretikon

Scheiben

16 SIUS Ascor 9004

Schussrichtung

Nord – Ost

Schiessstage und Schiesszeiten:

Freitag, 16. September

18.00 – 20.00 Uhr (Vorschiessen)

Freitag, 23. September

18.00 – 20.00 Uhr

Samstag, 24. September

09.30 – 11.30 Uhr / 13.30 – 15.30 Uhr

Sonntag, 25. September

09.30 – 11.30 Uhr

Standblatt-Ausgabe

Erfolgt auf dem Schiessstand
1/2 Std. vor Schiessbeginn bis 1/2 Std. vor Schiessende

Wettkampf

Einzel- oder kombiniert mit Gruppen à 4 SchützInnen
Separater Auszahlungsstich

Anmeldung

Gruppen können angemeldet werden unter
<https://www.ssvie.ch/svp-schiessen-2022/anmeldung>
Anmeldeschluss: 10. August 2022 (verlängert!)

Absenden

Sonntag, 25. Sept. ca. 13.00 Uhr, Schiessplatz Luckhausen

Ranglisten

Können ab der Homepage, www.svp-illnau-effretikon.ch oder www.ssvie.ch ab Montag, 26. Sept. eingesehen und heruntergeladen werden

OK-Präsident

Lukas Bosshard, 079 506 69 87, lukas.b99@gmx.ch

Chef Schiessen

Jürg Benkert, 079 423 34 72, ssvie_300m@hispeed.ch

Schiessplan geprüft und genehmigt

Zürcher Schiesssportverband (ZHSV),
Geschäftsstelle Reto Schweizer, 079 376 36 77

Es hat noch freie Plätze! Jetzt anmelden!

SVP-STAMM

Bezirk Andelfingen/Andelfingen
Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 18.00 Uhr, Grilltreff, Im Bilg 2, Andelfingen.

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur/Oberwinterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Stadtrain, Römerstrasse 71, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten.
Sonntag, 25. September 2022, 10.00 Uhr, Apéro, Rigelhüsli, Bonstetten.

Bezirk Bülach/Eglisau
Donnerstag, 29. September 2022, 19.30 Uhr, Referat, Schulhaus Städtli, Aula, Eglisau, mit Thomas Obermayer, Nukleartechniker. Thema: Kernenergie Schweiz, Risiken und Chancen.

Bezirk Bülach/Wallisellen
Samstag, 24. September 2022, 10.00–16.00 Uhr, SVP-Stand, Riedenermätt, Wallisellen, mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Donnerstag, 8. September 2022 – Sonntag, 11. September 2022, SVP-Stand an der Gewerbeschau Dielsdorf, Horse-Park, Neeracherstrasse, Dielsdorf, Nationalräte, Kantonsräte und Kantonsratskandidaten sind anwesend.

Bezirk Hinwil
Samstag, 17. September 2022, 14.00 Uhr, Informationsanlass, Bauernhof von Bruno Bertschinger, Ringwilerstrasse 46, Wetzikon, mit Nationalrat Martin Haab. Thema: Massentierhaltungsinitiative.

Bezirk Meilen/Küsnacht
Samstag, 10. September 2022, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Falkenplatz, Küsnacht, u.a. mit Kantonsrätin Nina Fehr Düsel.

Dienstag, 13. September 2022, 17.00–19.00 Uhr, Standaktion, Falkenplatz, Küsnacht.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
Sonntag, 11. September 2022, 09.30 Uhr, Puurezmorge, Hof von Dominik Schlumpf, Schachen 1, Oetwil am See, mit Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich.

Bezirk Winterthur
Freitag, 23. September 2022, 18.30 Uhr, Bezirksbehördenanlass, bei Matzinger Elektro-Technik AG, Im Winkel 8, Dinhard.

Bezirk Winterthur/Pfungen
Samstag, 17. September 2022 – Sonntag, 18. September 2022, SVP-Bure-Beiz, Dorffest, im Zentrum Pfungen.

Bezirk Winterthur/Seuzach
Freitag, 9. September 2022 – Sonntag, 11. September 2022, SVP-Stand, Dorffest Seuzach. Nationalräte sind anwesend.

Stadt Zürich/Kreis 6
Samstag, 10. September 2022, 10.00–12.00 Uhr, Standaktion, Rigiplatz, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 10. September 2022, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 10. September 2022, 09.30–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Sonntag, 11. September 2022, 10.00–14.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Albert Schumacher, Katzensseestrasse 8, Zürich-Affoltern, mit den Regierungsräten Natalie Rickli und Ernst Stocker sowie den Kantonsräten Domenik Ledergerber und Martin Hübscher. Kosten: Fr. 25.– pro Person.

Einladung zum feinen Puurezmorge





Natalie Rickli
Regierungsrätin



Ernst Stocker
Regierungsrat
ab 12:00 Uhr



Domenik Ledergerber
Kantonalpräsident



Martin Hübscher
Fraktionschef

Sowie die Kantonsratskandidaten Kreis 11 + 12

Was: Puurezmorge mit reichhaltigem Buffet, Fr. 25.– pro Person

Wo: Auf dem Bauernhof von Albert Schumacher, Katzensseestrasse 8, 8046 Zürich-Affoltern

Wann: Sonntag, 11. September 2022, von 10.00 bis 14.00 Uhr

Alle sind herzlich willkommen!



svp-zuerich11.ch



SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

IMPRESSUM

Zürcher Bauer

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zuercherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Insertatenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Elisabeth Liebi, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 10. September 2022, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Montag, 19. September 2022, 18.30 Uhr, Grossmünster-Gespräch «Persönlich», im Grossmünster, Zürich, mit Regierungsrätin Natalie Rickli.

Freitag, 23. September 2022, 19.30 Uhr, Vortrag zum Thema «Unser Auftrag», Brasserie Lipp, Uraniastrasse 9, Zürich, mit Werner Gartenmann, Parteisekretär SVP des Kantons Zürich.

Freitag, 23. September 2022 – Sonntag, 25. September 2022, SVP-Schiessen 2022, Vorschiesen am Freitag, 16. September 2022, Luckhausen, Illnau-Effretikon. Weitere Informationen unter www.svp-illnau-effretikon.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Sonntag, 11. September 2022, 10.00 Uhr, SVP-Gipfeltreffen, Hof Feuz, Bärlischwand, Bichelsee TG. Mit den Nationalräten Esther Friedli und Bruno Walliser sowie Ständerrat Jakob Stark.

Samstag, 17. September 2022, 09.00 Uhr, Programmtagung, Hotel Swiss Star, Grubenstrasse 5, Wetzikon.

Medien-Panoptikum

Die Vereinigung Medien-Panoptikum lädt Sie ein:

Öffentlicher Vortrag von Werner Gartenmann

«Unser Auftrag»

Wie geht es weiter mit der Schweiz und Europa, mit unserer Sicherheit und der Neutralität?



Werner Gartenmann war langjähriger Geschäftsführer der AUNS (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz). Seit dem 1. November 2021 ist er Parteisekretär der SVP des Kantons Zürich. Er verfügt über ein grosses politisches und strategisches Know-how.

Freitag, 23. September 2022, 20.15 Uhr
Brasserie Lipp, Uraniastrasse 9, 8001 Zürich
(neben Parkhaus Urania, 7 Gehminuten vom Hauptbahnhof)

ab 19.30 Uhr **Apéro** (Eintritt und Apéro gratis)

Vereinigung Medien-Panoptikum, Postfach 42, 5401 Baden

Grüne Träumer stoppen!

Sichere Energieversorgung jetzt!



Sichere Zukunft in Freiheit

Liste 1



SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes